

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Adsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Rendorfel, Detmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Lharn, Niedermüllen, Ruffschappel und Tirschheim

Amtsblatt für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 182.

Verbreitete Zeitung
im Amtsgerichtsbezirk

63. Jahrgang.
Freitag, den 8. August

Haupt-Vertriebsorgane
im Amtsgerichtsbezirk

1913

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg., halbjährlich 2 Mk. 75 Pfg., jährlich 5 Mk. 25 Pfg. — Einzelhefte 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Klagenfurt, Dorotheergasse Nr. 5b, alle kaiserlichen Postämter, Postboten, sowie die Anstrenger entgegen. — Inserate werden die Hauptzeitschriften Grundpreis mit 10, für ausserordentliche Referenzen mit 15 Pfg. berechnet. — Abnahmepreis 30 Pfg. — Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 30 Pfg. — Fernsprechanzeige Nr. 7. — Druckerei-Anstalt Nr. 7. — Druckerei-Anstalt täglich bis 10 Uhr vormittags 10 Uhr.

Das Wichtigste.

- * Der Kaiser ist gestern von seiner Nordlandreise nach Swinemünde zurückgekehrt.
- * Die geplante österreichisch-ungarische Heeresvorlage wird eine Erhöhung des Rekrutenkontingents um 36 000 bis 40 000 Mann fordern.
- * In Bukarest wurde auf Grund mündlichen Abkommens der Friede geschlossen.
- * Der französische Senat hat die Dauer der aktiven Dienstzeit auf drei Jahre festgesetzt und der Einstellung der Zwanzigjährigen zugestimmt.
- * Der französische Flugzeugfabrikant Duperdussin wurde in Paris wegen Betrugsereien in Höhe von 40 Millionen Frank verhaftet.
- * In Mailand kam es zu Zusammenstößen zwischen den Ausländern und der bewaffneten Macht.
- * In China ist man über das Verhalten Japans bei den chinesischen Schwierigkeiten sehr aufgebracht.
- * In Athabasca (Kanada) ist das ganze Geschäftswiertel der Stadt durch Feuer zerstört worden.
- * Die Tatsache, daß der Premierminister der ihm von einer parlamentarischen Deputation vorgetragene Plan eines Tunnels unter dem Kanal zwischen Frankreich und England nicht abgewiesen, sondern freundlich aufgenommen hat, gibt zu vielen voreiligen Äußerungen in der Presse Anlaß. Die Kosten eines solchen Tunnels werden auf 320 Millionen veranschlagt.

Friede auf dem Balkan!

Der Friede ist geschlossen!

Es lautet eine nach den weiter unten stehenden Meldungen noch ziemlich überraschend kommende Nachricht der „Agence Roumaine“ aus Bukarest, die folgenden Wortlaut hat:

Bukarest. Die „Agence Roumaine“ meldet ferner: Der Friede ist mündlich geschlossen worden auf der Grundlage, daß Strumiza an Bulgarien und Kawalla an Griechenland fällt. Der Vertrag wird morgen (Donnerstag) vormittags 11 Uhr unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung des Demobilisierungs-Abkommens wird morgen erfolgen.

So kurz diese Nachrichten sind, so lassen sie doch mit erfreulicher Sicherheit erkennen, daß bei den heftigen Balkanstaaten der Wunsch nach endlicher Einstellung des mörderischen Bruderkrieges und das dringende Bedürfnis nach Frieden nun glücklicherweise die sonstigen Wünsche und Bedenken überwiegt. Hoffentlich erfolgt auf Grund dieses vorläufigen Abkommens recht bald eine endgültige Festlegung der Friedensbedingungen, damit auf dem Balkan und damit in ganz Europa die im Interesse des Wirtschaftslebens so heißersehnte Ruhe nun endlich wiedertehet.

Die der Meldung des Friedensschlusses vorausgegangen Nachrichten geben wir nachstehend noch wieder:

Allelei Schwierigkeiten.

London. Der Bukarester Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt: Rumänien gibt sich alle Mühe, den Frieden möglichst schnell zur Unterzeichnung zu bringen. Es verlautet, daß ein definitiver und kein provisorischer Friede geschlossen werden wird. Rumänien wünscht, daß Serbien die Städte Rodewisa und Strumiza an Bulgarien abtritt. Die serbische Antwort war ablehnend. Rußland und Oesterreich haben aber Rumänien mitgeteilt, daß sie diese

beiden Städte sowie auch Kossana an Bulgarien abgetreten zu sehen wünschten. Die griechischen Schwierigkeiten sind ebenso groß, nicht betreffend Kawalla, das griechisch werden wird, denn zu diesem Schritt haben sich ja die Bulgaren entschlossen, sondern andere Schwierigkeiten bestehen zwischen Griechen und Bulgaren. Diese liegen speziell auf dem Gebiete des Flusses Mesta-Karafen, welches von den Bulgaren für die Herstellung der Eisenbahn benötigt wird. Die Griechen sagen, daß die Bulgaren die Eisenbahn auch ohne das Gebiet des Flusses bauen können; sie müßten dann nur 20 Millionen mehr opfern. Die Griechen verlangen eine Grenzlinie Belem-Drama am Flusse entlang.

Sofia. Die Nachrichten aus Sofia lauten nicht ermutigend. In Regierungskreisen neigt man der Ansicht zu, daß, falls in Bukarest kein endgültiges Resultat erzielt wird, die Mächte gezwungen sein werden, die Friedensfrage selbst in die Hand zu nehmen.

Rumänien auf Seiten Griechenlands und Serbiens.

Paris. Nach einer Mitternachtsmeldung aus Bukarest soll ein bulgarischer Delegierter den rumänischen Ministerpräsidenten Majorescu gefragt haben, welche Haltung Rumänien beobachten würde, falls Bulgarien nach der bulgarisch-rumänischen Grenzverständigung die Feindseligkeiten gegen Serbien und Griechenland wieder aufnehmen würde. Dieser habe darauf geantwortet: „Dann werden die rumänischen Truppen Sonnabend in Sofia sein.“

Die Einwirkung der Mächte in Konstantinopel.

Konstantinopel. Die Instruktionen der Botschafter stimmen, wie es scheint, nicht überein, weshalb der Kollektivschritt noch nicht erfolgt ist. Einige Botschafter unternehmen jedoch einzeln einen Schritt. Der Großwesir erteilte negative Antworten. Der Großwesir, der am Montag dem russischen Botschafter einen Besuch abstattete, erklärte, wie es heißt, daß die Räumung Adrianopels unmöglich sei. Der englische Geschäftsträger, der Instruktionen erwartete, hatte vormittags eine längere Besprechung mit dem Großwesir.

400 000 Todesopfer der beiden Kriege.

Berlin. Der augenblicklich in Makedonien weilende Kriegskorrespondent des „Corriere della Sera“ sendet seinem Blatte einen längeren Bericht, worin er die Verluste an Menschen und Geld im ersten Feldzug wie folgt abschätzt: Bulgarien: 350 000 Soldaten mobilisiert, 80 000 Tote, Kosten 1200 Millionen Mark. Serbien: 250 000 Soldaten, 30 000 Tote, Kosten 620 Millionen Mark. Griechenland: 150 000 Soldaten, 10 000 Tote, Kosten 280 Millionen Mark. Montenegro: 30 000 Soldaten, 8000 Tote, Kosten 16 Millionen Mark. Türkei: 450 000 Mann mobilisiert, 100 000 Tote, Kosten 160 Millionen Mark. — Für den zweiten Feldzug sind nach derselben Quelle die Riffen schätzungsweise wie folgt: Bulgarien: 60 000 Tote, 720 Millionen Kosten. Serbien: 40 000 Tote, 400 Millionen Kosten. — Wenn man hierzu die Ermordeten, die Opfer der Cholera und anderer Epidemien hinzunimmt, so dürften die Menschenverluste mindestens 400 000 betragen, und die finanziellen Kosten insgesamt mit 5 200 000 000 zu schätzen sein. (Voll. Bl.)

Deutsches Reich.

Berlin. (Der zweite Krupp-Prozess.) Wie wir von privater Seite erfahren, soll der zweite Krupp-Prozess in der ersten Septemberwoche vor der Strafkammer in Moabit verhandelt werden. Die Zeugenabnahmen sind bereits ergangen. Es sind 23 Zeugen und 5 Sachverständige geladen. Die Anklage richtet sich gegen sämtliche Mitglieder des Direktoriums der Firma

Krupp und deren früheren Vertreter in Berlin Maximilian Brandt. Für die Verhandlungen sind vier Tage in Aussicht genommen. (Nach einer anderen Meldung ist noch nicht festgestellt, wann verhandelt wird, und ob die Anklage auf sämtliche Direktoren ausgedehnt werden soll. D. Red.)

(Presstimmen zum Tizian-Prozess.) Die Berliner „Morgenzeitung“ schreibt zum Tizianprozeß: Ganz falsch und voreilig wäre es, schon aus diesem Prozeß Schlüsse auf die Rolle ziehen zu wollen, die die Firma Krupp in der Angelegenheit gespielt hat. Die wenigen Beamten, die gegen die Forderungen verstoßen haben, dem Locken des Goldes zu widerstehen, stellen glücklicherweise nur eine minimale Minderheit dar. Wir wollen hoffen, daß es auch in Zukunft so bleiben wird, und dazu wird der Prozeß sicher beitragen. — Die „Kreuzzeitung“ legt sich der Firma Krupp gegenüber vorläufig einige Reserve auf. Sie sagt aber, gerichtet ist eine Anzahl von Militärbeamten, die um ählicher, freilich geringer Vorteile willen, ihre Dienstpflicht gräßlich verletzt haben. Gerichtet ist die leider auch bei uns zu Lande herrschende Geschäftspraxis, sich auf unlautere Weise für den Wettbewerb nützliche Kenntnisse zu verschaffen, gerichtet ist aber auch die frivole Agitationsmethode der Sozialdemokratie. — In der „Täglichen Rundschau“ wird gesagt: Das Urteil wird ein weithin leuchtendes Werkzeichen sein. Man kann jetzt sogar dem Genossen Liebkecht danken. Er wollte ein „Panama“, aber es wurde eine Reinigungsmessur. — Der „Vorwärts“ sagt: Wir streuen uns der Milde des Kriegsgerichts. So sehr wir aber den Angeklagten ihre milden Strafen gönnen, so energig müssen wir uns gegen jeden Versuch wenden, aus dem relativ geringen Strafmaß eine Veringfügigkeit der Vorkommnisse ableiten zu wollen. Im übrigen war die Verhandlung vor dem Kriegsgericht nichts als der erste Auftakt. Die Hauptarbeit wird noch zu tun sein vor der Moabiter Strafkammer und der parlamentarischen Untersuchungskommission.

(Ballin für die Beteiligung Deutschlands an der Ausstellung in San Franzisko.) In der gestrigen Nummer der Zeitungs-Korrespondenz Hamburger Beiträge wird eine gutachtliche Äußerung des Generaldirektors Ballin über eine deutsche Beteiligung an der Weltausstellung in San Franzisko veröffentlicht. Darin wird mitgeteilt, daß Ballin, obwohl sonst stets Gegner einer Beteiligung an Weltausstellungen, der Ansicht ist, daß eine Beteiligung Deutschlands an der Ausstellung in San Franzisko stark im deutschen Interesse liege, weil sie Gelegenheit gebe, in Zusammenhang mit der Eröffnung des Panamakanals eine wirksame Propaganda in dem für die deutsche Industrie in Zukunft sicher sehr wichtigen Abzweiggebiete an der amerikanischen Westküste zu machen. (Wie die „Berl. Post. Nachr.“ mitteilen, ist in der deutschen Industrie keine Neigung zur Beteiligung, zumal vor der Entscheidung über das Schicksal der amerikanischen Tarifreform, durch die gerade die deutsche Industrie benachteiligt werden soll. Ist Ballin nicht etwas interessiert bei dieser Frage? D. Red.)

Ausland.

London. (Zur Untertunnelung des Kernkanals.) Ministerpräsident Asquith hat am Dienstag mittag eine Abordnung von Parlamentariern aus allen im Unterhaus vertretenen Parteien empfangen, die sich für den Plan einer Untertunnelung des Kanals aussprachen. Nachdem er auf den Widerstand hingewiesen, den bisher die Regierung dem Projekt entgegen gesetzt hat, sagte Asquith, daß jetzt neue Gesichtspunkte vorlägen. Das Ausdrucksvollste und in mancher Beziehung versprechendste sei die Errichtung einer festen, unverrückbaren Grundlage in den Beziehungen Großbritannien mit Frankreich. Die Regierung hat dem Gegenstand stets Beachtung geschenkt; sie würde auch jetzt mit Unvoreingenommenheit an den Plan herantreten und einer eingehenden Prüfung unterziehen.